

Nr. XIX.GP-NR
1254 /J
1995 -06- 0 6

A n f r a g e

der Abg. Dr. Pumberger und Kollegen
an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz
betreffend Zahnersatz in Ambulatorien

Die Verhandlungen zwischen den Landesvertretern der Zahnärzte und den Sozialversicherungsträgern über neue Kassenverträge werden von beiden Seiten mit Härte und Zähigkeit geführt.

In diesem Zusammenhang fordern einzelne Vertreter der Krankenkassen bundesgesetzliche Regelungen, wonach Ambulatorien der Gebietskrankenkassen die Patienten mit feststehendem Zahnersatz, Inlay-Kronen und Brückentechnik versorgen dürfen.

Die Zahnärztevertreter wehren sich gegen eine solche Maßnahme.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz die nachstehende

A n f r a g e :

1. Welche Vertreter von Krankenkassen bzw. des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger sind mit dem Wunsch an Sie herangetreten, eine bundesgesetzliche Regelung herbeizuführen, wonach Zahnambulatorien der Gebietskrankenkassen die Patienten mit feststehendem Zahnersatz, Inlay-Kronen und Brückentechnik versorgen dürfen ?
2. Welche Auffassung vertritt Ihr Ressort hinsichtlich dieser Erweiterung der Befugnisse von Zahnambulatorien ?
3. Welche Vorkehrungen werden während eines vertragslosen Zustandes zugunsten der Patientenversorgung getroffen ?